Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3012

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die Sitzungen des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 20. Juni 1968 am Freitag, dem 21. Juni 1968

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordneter **Moersch**

Welche Gründe stehen der Herausgabe einer Sonderbriefmarke „Bauhaus" und ihrer grafischen Gestaltung durch Prof. Gropius entgegen?

Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

2. Abgeordneter **Strohmayr**

Welche besonderen Gründe rechtfertigen den Verzicht auf einen allgemeinen Architektenwettbewerb für den deutschen Ausstellungspavillon in Osaka 1970?

3. Abgeordneter **Weigl**

Besitzen die Vergabestellen der öffentlichen Hand eine ausreichende Handhabe, die sich in letzter Zeit häufenden Schleuderpreisangebote von Betrieben der Bauwirtschaft zu untersuchen und unseriöse Angebotsabgaben zurückzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

4. Abgeordneter **Moersch**

Welchen konkreten Zeitpunkt hat der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Conrad Ahlers, gemeint, als er bei einer Betrachtung des Nürnberger Parteitages der SPD schrieb: „ . . . seitdem die Länder sich immer weniger zu einer sinnvollen Zusammenarbeit mit dem Bund bereitfinden und seitdem das zentrale Verfassungsorgan des Bundes, der Bundestag, immer mehr an innerer Kraft und äußerer Bedeutung verliert."?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821. Goethestraße 54. Tel. 6 35 51

5. Abgeordneter **Dorn**

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, durch ihren Sprecher am 31. Mai einen Aufenthalt des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Baden-Baden bekanntgeben zu lassen und nach dem französischen Dementi ihre Mitteilung erneut zu bekräftigen?

6. Abgeordneter **Jung**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Situation der freischaffenden Architekten gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich keineswegs so rosig ist, wie dies in der Antwort des Bundeskanzleramtes vom 11. April 1968 an den Kontaktkreis Königshof (Zusammenschluß der Architekten-, Ingenieurverbände und der Bundesgemeinschaft der Architektenkammer) anklingt?

7. Abgeordneter **Jung**

Könnte sich die Bundesregierung vorstellen, daß man den Wunsch der Architekten und Ingenieure nach einem zentralen Gesprächspartner - auch unter Berücksichtigung der von Bundesminister Dr. Stoltenberg befürworteten verstärkten Sorge für Naturwissenschaften und Technik - dadurch Rechnung tragen könnte, daß das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung als Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Technik umorganisiert wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordneter **Prochazka**

Wird sich die Bundesregierung bei der Regierung des Nachbarlandes Österreich über den Fortgang der österreichisch-tschechischen Vermögens- und Entschädigungsverhandlungen informieren?

9. Abgeordneter **Prochazka**

Was kann die Bundesregierung über den derzeitigen Stand der österreichisch-tschechischen Vermögens- und Entschädigungsverhandlungen berichten?

10. Abgeordneter **Prochazka**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei diesen Vermögens- und Entschädigungsverhandlungen die Ansprüche der Sudetendeutschen bewußt ausgeklammert werden?

11. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Entspricht es den Tatsachen, daß die Streitkräfte verbündeter Nationen, die von der Bundesrepublik Deutschland Devisenhilfe erhalten, aus Nachbarländern, die nicht der EWG angehören, landwirtschaftliche Produkte zur Versorgung ihrer Einheiten beziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter **Ertl**

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend den Vorstellungen der Bayerischen Staatsregierung 50% der Kosten für die Olympischen Spiele 1972 zu übernehmen?

13. Abgeordneter **Jung**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Maßnahmen dahin gehend zu veranlassen, daß wehrpflichtige Abiturienten ihr Studium unmittelbar nach Abschluß des Wehrdienstes aufnehmen können?

14. Abgeordneter **Baier**

Werden Ereignisse der letzten Zeit und Feststellungen wie sie beispielsweise die „Neue Zürcher Zeitung" am 27. Mai 1968 traf: „Noch selten hat ein Stipendium der Bundesrepublik derartige Wirkung erzielt, wenn auch eine unbeabsichtigte, wie dasjenige für Cohn-Bendit" für die Bundesregierung Anlaß sein, die Studienförderung und das Stipendienwesen einer Reform zu unterziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

15. Abgeordneter **Walter**

Ist die niederländische Regierung nach Einführung der Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik Deutschland noch berechtigt, eine Umsatzsteuererstattung bei der Ausfuhr von Schlachtgeflügel in Mitgliedstaaten zu gewähren?

16. Abgeordneter **Walter**

Wie hoch ist zur Zeit diese in Frage 15 erwähnte niederländische Ausfuhrerstattung pro Stück oder kg Schlachtgeflügel?

17. Abgeordneter **Dr. Stammberger**

Trifft es zu, daß nach § 3 Nr. 16 EStG (§ 4 Nr. 3 LStDV) die Erstattung einzeln nachgewiesener Kfz-Kosten des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber lohnsteuerfrei ist und sich gemäß Abschnitt 21 Nr. 11 LStR der Einzelnachweis erübrigt, soweit der Kilometersatz für Kraftwagen 0,25 DM nicht übersteigt?

18. Abgeordneter **Dr. Stammberger**

Ist die Bundesregierung bereit, dem Erlaß des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen vom 23. August 1956 (B- 2711- 1524/IV/56) (Ministerialblatt NW S. 1884) zu entsprechen, wonach den Landesbeamten bei Dienstfahrten mit dem eigenen Pkw für die ersten 8000 betrieblich bedingten Kilometer 0,28 DM pro km lohnsteuerfrei erstattet werden und diese Regelung für alle Arbeitnehmer gesetzlich einzuführen, insbesondere, nachdem laut BFH-Urteil vom 15. Dezember 1967 (VI R 268/67) die Kilometersätze der ADAC-Tabellen den Nachweis der tatsächlich angefallenen Kosten nicht ersetzen?

19. Abgeordneter **Rollmann**

Welche Stellung beabsichtigt die Bundesregierung im Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu dem Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission für eine Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Freizonen einzunehmen?

20. Abgeordneter **Dröscher**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Behauptung des Kraftfahrzeuggewerbes, wonach durch die immer noch nicht aufgehobene Mehrwertsteuer für gebrauchte Kraftwagen, neben der Benachteiligung der meist aus Arbeitnehmerkreisen kommenden Käufer auch dem Fiskus infolge Minderverkaufs von Neufahrzeugen und damit zusammenhängendem Steuerausfall eine Mindereinnahme von über 200 Millionen DM jährlich entstehen würde?

21. Abgeordneter **Dröscher**

Warum hat sich die Bundesregierung der Empfehlung des Bundesrates zur Abänderung des § 3 (betr. Artikel 91 a Abs. 4 des Grundgesetzes) des Finanzreformgesetzes angeschlossen (vgl. Drucksache V/2861, S. 93 unter zu 3. Buchstabe d) und mit der Festsetzung einer einheitlichen Beteiligung der Länder die Voraussetzung dafür geschaffen, daß bei den finanzschwachen Ländern die Finanzierung der „Gemeinschaftsaufgabe Agrar-Strukturverbesserung" gerade in dem Zeitpunkt schwieriger, wenn nicht unlösbar werden muß, wo die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft sich besonders ungünstig entwickeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

22. Abgeordneter **Borm**

Worauf ist der Rückgang des innerdeutschen Handels von 731,6 Mio Verrechnungseinheiten im ersten Vierteljahr 1967 auf 636,5 Mio Verrechnungseinheiten im ersten Vierteljahr 1968 zurückzuführen?

23. Abgeordneter **Ziegler**

Kann der Bundeswirtschaftsminister Auskunft darüber geben, warum die von der EWG-Kommission im Jahre 1965 begonnene kartellrechtliche Untersuchung des Wirtschaftszweiges Margarine in der Europäischen Gemeinschaft bisher noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt hat?

24. Abgeordneter **Ziegler**

Hält es die Bundesregierung nicht für dringend notwendig, daß im Rahmen der in Frage 23 genannten Untersuchung festgestellt wird, aus welchem Grund in verschiedenen Mitgliedstaaten stark unterschiedliche Verbraucherpreise für Margarine gefordert werden und ein innergemeinschaftlicher Handelsaustausch praktisch nicht stattfindet, obwohl seit dem 1. Juli 1967 alle mengenmäßigen Hindernisse und Zollschranken beseitigt sind?

25. Abgeordneter **Ziegler**

Welche Maßnahmen sind von den deutschen Kartellbehörden getroffen worden, um die Preisbildung für Margarine und die Rolle der marktbeherrschenden Unternehmen ausreichend zu überwachen?

26. Abgeordneter **Junghans**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Strukturprogramme für Ruhr, Saar und Zonenrandgebiete möglicherweise drohende Arbeitslosigkeit oder bereits vorhandene Arbeitslosigkeit abwenden bzw. beseitigen können?

27. Abgeordneter **Junghans**

Welche regionalwirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen sind zu erwarten, wenn die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine ausreichende finanzielle Beteiligung ablehnt?

28. Abgeordneter **Junghans**

Wie gedenkt die Bundesregierung eine fristgerechte Durchführung der in Frage 27 genannten Strukturprogramme zu gewährleisten?

29. Abgeordneter **Strohmayr**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Weltausstellungen ein besonders repräsentatives Forum sind, für die Bundesrepublik Deutschland zu werben?

30. Abgeordneter **Ollesch**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Bau von Großkraftwerken auf der Basis von Kohle in Verbindung mit der Schaffung großräumiger Energieverteilungsorganisationen geeignete Maßnahmen sind, dem Steinkohlenbergbau in der Bundesrepublik Deutschland auf lange Sicht die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten?

31. Abgeordneter **Ollesch**

Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß Kohlestrom aus Großkraftwerken, auch langfristig gesehen, preiswerter als Atomstrom ist?

32. Abgeordneter **Weiland**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die vom Bundeswirtschaftsministerium mit Zustimmung des Bundesverkehrsministeriums geplante Änderung der Kundensatzverordnung für den Spediteursammelgutverkehr eine grundlegende Veränderung der Situation herbeiführen würde, unter welcher der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages seine Beratungen zu einem verkehrspolitischen Gesamtprogramm begonnen hat?

33. Abgeordneter **Weiland**

Gibt es einen dringenden Grund, der es notwendig macht, daß diese Erschwerung der verkehrspolitischen Entscheidungen gerade jetzt ausgelöst wird und für zwei Jahre Geltung haben soll?

34. Abgeordneter **Weiland**

Bestehen ernste Bedenken dagegen, daß eine kurzfristige Verlängerung, etwa für ein Jahr, ohne Änderung des materiellen Inhaltes der geltenden Regelung erfolgt, damit der Bundestag die Entscheidung über diesen Komplex ohne Erschwerung der Sachlage treffen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

35. Abgeordneter **Vit**

Ist die Bundesregierung gewillt, der deutschen Landwirtschaft bei ihren Anstrengungen im Wettbewerb neben anderen Förderungen auch durch eine moderne Forschung zu helfen?

36. Abgeordneter **Vit**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Kernforschungsanlage Jülich ein den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft entsprechendes landwirtschaftliches Institut — mit bereits vorhandenen Einrichtungen für seinen vollständigen Ausbau, mit Hilfsmitteln für das Arbeiten mit Radioisotopen und Strahlungen jeder beliebig hohen Aktivität — erfolgreich arbeitet?

37. Abgeordneter **Vit**

Wird die Bundesregierung, wie für alle Einrichtungen der Kernforschungsanlage Jülich, nach den bisher stattgefundenen Verhandlungen nunmehr auch die Bundesbeteiligung für das landwirtschaftliche Institut übernehmen?

38. Abgeordneter **Logemann**

Ist die Bundesregierung bereit, zur Abwendung einer akuten Bedrohung der Existenz der deutschen landwirtschaftlichen Erzeuger Sofortmaßnahmen zur Entlastung des Eiermarktes einzuleiten?

39. Abgeordneter **Logemann**

Sieht die Bundesregierung in den von norddeutschen Geflügelwirtschaftsverbänden dem Bundesernährungsminister schon im März 1968 vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen geeignete Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen landwirtschaftlichen Eierproduktion?

40. Abgeordneter **Logemann**

Welche langfristigen Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung zur Konsolidierung des Eiermarktes notwendig?

41. Abgeordneter **Reichmann**

Wie hoch sind die Margarineverbraucherpreise in jedem der sechs EWG-Mitgliedstaaten in DM?

42. Abgeordneter **Reichmann**

Wie hoch ist das durchschnittliche Jahreseinkommen eines vierköpfigen Familienhaushalts in jedem der sechs EWG-Mitgliedstaaten in DM?

43. Abgeordneter **Reichmann**	Aus welcher Haushaltsposition beabsichtigt die Bunderegierung die in Brüssel im Ministerrat zugesagten 120 Millionen DM Margarineabgabe zu bezahlen?
44. Abgeordneter **Budde**	Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Chile Molkereibutter zum Preis von 1,06 DM je kg exportiert hat, während der deutsche Verbraucher für die gleiche Butter 6,72 DM je kg bezahlen muß?
45. Abgeordneter **Budde**	Trifft es ferner zu, daß die Bundesrepublik Deutschland aus dem Brüsseler Agrarfonds für diese Ausfuhr eine Exportsubvention von 5,15 DM pro kg erhalten und damit insgesamt 6,21 DM je kg erlöst hat, ein Betrag also, der 0,80 DM unter dem Preis liegt, den die deutsche Einfuhr- und Vorratsstelle beim Ankauf dieser Butter bezahlt hat?
46. Abgeordneter **Budde**	Hält die Bundesregierung eine solche Verfahrensweise mit den Grundsätzen sinnvoller Wirtschaftspolitik und wirksamer Verbraucherpolitik vereinbar?
47. Abgeordnete **Frau Jacobi (Marl)**	Wird die Bundesregierung auch nach den Brüsseler Beschlüssen die Absicht, eine verbilligte Abgabe von Butter an sozial Schwache vorzusehen, durchführen?
48. Abgeordnete **Frau Jacobi (Marl)**	Liegen bereit konkrete Pläne dafür vor?
49. Abgeordneter **Müller (Worms)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Bundesrepublik Deutschland das Getreide (Weizen) von den Überschußgebieten Bayern und Schleswig-Holstein zu den Hauptbedarfsgebieten nicht abfließen kann, weil die Regionalisierung der Interventionspreise nicht den tatsächlichen Frachtkosten entsprechend vorgenommen worden ist?
50. Abgeordneter **Müller (Worms)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß dadurch die traditionellen Absatzgebiete an Rhein, Main und Ruhr, die im Durchschnitt der letzten Jahre ca. 160 bis 180 t vor allem bayerischen Weizen aufgenommen haben, an Frankreich verloren gehen und die Wettbewerbsstellung der Verarbeitungsbetriebe in den Überschußgebieten mit den überhöhten Interventionspreisen in untragbarer Weise verschlechtert wird?
51. Abgeordneter **Müller (Worms)**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der EWG-VO Nr. 131/67 Rechnung zu tragen, in der es heißt, die abgeleiteten Interventionspreise seien so festzusetzen, daß sie „einen freien Getreideverkehr innerhalb der Gemeinschaft entsprechend den Erfordernissen des Marktes ermöglichen"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

52. Abgeordneter **Ravens**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach § 38 AVAVG dazu verpflichtet ist, strukturpolitische und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesregierung zu unterstützen?

53. Abgeordneter **Ravens**

Hat die Nürnberger Anstalt inzwischen verbindlich über das Ausmaß ihrer finanziellen Beteiligung an den Strukturprogrammen der Bundesregierung für Ruhr, Saar und Zonenrandgebiete entschieden?

54. Abgeordneter **Ravens**

Billigt die Bundesregierung die in der Antwort auf Frage 53 genannte Entscheidung der Nürnberger Anstalt?

55. Abgeordneter **Porsch**

Ist die Bundesregierung bereit, die mit Strafe bedrohten Formen der Schwarzarbeit in Ordnungswidrigkeiten umzuwandeln?

56. Abgeordneter **Porsch**

Wenn Frage 55 bejaht wird: Ist die Bundesregierung bereit, dem Vollzug des Gesetzes, soweit es sich um Schwarzarbeit als Ordnungswidrigkeit im handwerklichen Bereich handelt, der Handwerkskammer zu übertragen?

57. Abgeordneter **Dr. Enders**

Sind nach Ansicht der Bundesregierung die Versorgungsämter in der Lage, bis zum 30. Juni 1968 die auf Grund von § 9 der Durchführungsverordnung zu § 33 des Bundesversorgungsgesetzes notwendige Neufeststellung der vom Einkommen abhängigen Leistungen zu berechnen?

58. Abgeordneter **Dr. Enders**

In welchem Umfang werden ab 1. Juli 1968 Überzahlungen eintreten, die von den Versorgungsverwaltungen zurückgefordert werden müssen, falls die Neufeststellung nach Frage 57 nicht abgeschlossen werden kann?

59. Abgeordneter **Dr. Enders**

Ist die Bundesregierung wegen der aufgezeigten Schwierigkeiten bereit, den in der Durchführungsverordnung zu § 33 des Bundesversorgungsgesetzes vorgesehenen Übergangszeitraum vom 1. Juli 1968 bis zum Ende des Jahres hinauszuschieben?

60. Abgeordneter **Weigl**

Wie viele Angestellte erhalten nach Überschreitung der Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung auf freiwilliger Basis den Arbeitgeberbeitrag ganz oder teilweise weiterbezahlt?

61. Abgeordneter **Weigl**

Wie beurteilt die Bundesregierung folgenden Passus aus einer Entschließung der CAJ Diözesanverbände Regensburg und Passau: „Unverständlich ist es in diesem Zusammenhang, daß arbeitslose Jugendliche durch eine kleinkarierte Auslegung der gesetzlichen Vorschriften durch das Arbeitsamt gehindert werden, an Bildungskursen von Jugendorganisationen teilzunehmen."?

62. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Wie viele Ersatzdienstpflichtige werden nicht zur Ableistung des Ersatzdienstes herangezogen?

63. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Ist die Bundesregierung bestrebt, die Zahl der Plätze für die Ableistung des Ersatzdienstes zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

64. Abgeordneter **Hölzle**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Lärmbelästigung der Bevölkerung und die Gefährdung von Bauwerken im Gebiet der Stadt Schwäbisch Hall durch Schallmauerdurchbrüche, die auf Militärflugzeuge zurückgehen, in letzter Zeit merklich verstärkt hat und an einzelnen Tagen der beiden letzten Monate 3 bis 5, ja 6 Schallmauerdurchbrüche erduldet werden mußten?

65. Abgeordneter **Hölzle**

Ist die Bundesregierung bereit, diesem Zustand rasch und wirksam abzuhelfen?

66. Abgeordneter **Hölzle**

Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, ein Tiefflugverbot für einen Umkreis von 5 bis 10 km um das Stadtgebiet von Schwäbisch Hall zu erlassen?

67. Abgeordneter **Ertl**

Trifft es zu, daß bei Unfällen von U-Booten, insbesondere auch des U-Bootes Hai, der Tod von Besatzungsmitgliedern darauf zurückzuführen ist, daß diese infolge eingetretener Unterkühlung nicht mehr rechtzeitig gerettet werden konnten?

68. Abgeordneter **Ertl**

Beabsichtigt die Bundesmarine, um in Zukunft solche Unfälle zu vermeiden, ähnlich wie bei der Royal Navy, eine entsprechende Kälteschutzkleidung einzuführen?

69. Abgeordneter **Felder**

Welche Alternativlösung hat die neugegründete Handelskette selbständiger Kantinenpächter e.V. mit dem Namen FLESKA dem Bundesverteidigungsministeriums zu den Forderungen des Ministeriums an die Kantinenpächter vorgeschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

70. Abgeordneter **Baier**

Ist dem Bundesverkehrsminister bekannt, daß die Beschilderung an der Autobahnkreuzung „Walldorfer-Kreuz" mangelhaft und unübersichtlich ist, sodaß Autofahrer aus den Richtungen Karlsruhe, Schwetzingen und Sinsheim, soweit sie bei Walldorf die Autobahn verlassen wollen, häufig auf eine andere Strecke geleitet werden?

71. Abgeordneter **Baier**

Warum hat die hierfür verantwortliche Stelle der Bundesautobahnverwaltung alle seit Juni 1967 erfolgten Interventionen der Stadtverwaltung Walldorf weder beantwortet noch befolgt?

72. Abgeordneter **Haehser**

In welcher Weise hat die Bundesregierung die Bemühungen der Deutschen Lufthansa unterstützt, eine Flugverbindung mit der Sowjetunion zu schaffen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

73. Abgeordneter **Haehser**

Welche Hindernisse stehen der Aufnahme einer Flugverbindung der Deutschen Lufthansa mit der Sowjetunion entgegen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

74. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, der in der Landtagssitzung am 27. Mai 1968 erklärt hat, daß der Leber-Plan die Westküste (Schleswig-Holsteins) wirtschaftlich „nicht nach oben, sondern nach unten ziehen werde"?

75. Abgeordneter **Dr. Schwörer**

Wird es angesichts der geringen Einsparungen, die durch die Stillegung von Bundesbahnstrecken nach dem vorliegenden Plan der Regierung erzielt werden, für sinnvoll gehalten, daß diese Maßnahmen in strukturschwachen Gebieten durchgeführt werden?

76. Abgeordneter **Dr. Schwörer**

Ist die Bundesregierung bereit, bei Fördergebieten, wie z. B. im Kreise Münsingen, die gleichen Maßstäbe anzulegen wie im Zonenrandgebiet?

77. Abgeordneter **Dr. Schwörer**

Welche Möglichkeiten würden überhaupt bestehen, daß im Kreise Münsingen bei erfolgenden Streckenstillegungen ein echter Ersatz in der Verkehrsbedienung erreicht wird?

78. Abgeordneter **van Delden**

Trifft die Feststellung einiger Flensburger Trampreeder zu, wonach die Bundesregierung bei Vergabe von Seetransporten fast ausschließlich die Linienreedereien bevorzugt und infolgedessen die auch mit gleich modernem Schiffswerk ausgerüsteten Trampreeder erst gar nicht zur Angebotsabgabe auffordert?

79. Abgeordneter **van Delden**	Für den Fall, daß die Frage 78 bejaht wird, welche Gründe liegen dafür vor, hier den Wettbewerb einzuschränken?	
80. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Ortsumgehung von Schönberg für die B 85 wegen der dort vorhandenen Verkehrslage und Unfallgefahr nicht mehr länger aufgeschoben werden kann?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
81. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Wann kann frühestens mit diesem Ausbau gerechnet werden?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
82. Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Ist die Bundesregierung davon unterrichtet, daß die Deutsche Lufthansa ein Abkommen mit der Intercontinental Hotels-Corp. über eine enge Zusammenarbeit abgeschlossen haben soll, wobei Hotelbauten mit insgesamt bis zu 5000 Hotelräumen im Rahmen dieses Vertrages geplant sind?	
83. Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es Aufgabe einer Luftfahrtgesellschaft ist, die weitgehend mit öffentlichen Mitteln aufgebaut und eingerichtet wurde, sich mit der Planung eigener Hotels in der Bundesrepublik Deutschland zu befassen und zu diesem Zweck sich mit einem amerikanischen Hotelkonzern zu liieren?	
84. Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Hat die Bundesregierung dafür Verständnis, daß diese Nachricht eine große Beunruhigung im deutschen Hotelgewerbe ausgelöst hat, insbesondere deswegen, weil es sich im vorliegenden Fall um eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch den Einsatz von Kapital branchenfremder Unternehmen handelt und weil diese Aufgaben auch durch das deutsche Hotelgewerbe wahrgenommen werden können?	
85. Abgeordneter **Josten**	Wie beurteilt die Bundesregierung die „Aktion 65" der Deutschen Bundesbahn nach Vorlage des Gesamtergebnisses?	
86. Abgeordneter **Josten**	Ist die Bundesregierung bereit darauf hinzuwirken, daß bei kommenden Sonderangeboten der Deutschen Bundesbahn auch der Vorschlag des VdK (Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands) berücksichtigt wird und die neuen Angebote auf Frührentner und Körperbehinderte mit mindestens 50% Erwerbsunfähigkeit ausgedehnt werden?	
87. Abgeordneter **Ramms**	Mit welcher Begründung hat der Vertreter der Bundesregierung im Vorstand der Deutschen Lufthansa dem Vertrag mit der Intercontinental Corporation zugestimmt, wonach dieser	

zum Bau neuer Hotels in der Bundesrepublik Deutschland 400 Millionen DM Kapital zur Verfügung gestellt werden sollen?

88. Abgeordneter **Ramms**

Entspricht es der Zielsetzung der Bundesregierung, soweit sie sich mit Fremdenverkehrspolitik befaßt, ausländischen Hotelgesellschaften, nicht aber einzelnen deutschen Hotelunternehmern oder Gesellschaften, öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn Hotels gebaut werden sollen?

89. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im deutsch-holländischen Frachtverkehr Schwierigkeiten aufgetreten sind, die zur Erschwerung z. B. auf dem Gebiet der einfuhrfreien Brennstoffversorgung für holländische Autos geführt haben?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

90. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die gegenseitigen Genehmigungen auf beiden Seiten so komplettiert wurden, daß weder mit holländischen Transportunternehmen noch mit deutschen die westdeutschen Industrieprodukte mengenmäßig und termingerecht nach Holland kommen können?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

91. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Ist es möglich, den Anfängen zu wehren und durch ein offenes Gespräch von beiden Seiten diese sich langsam aufbauenden Handelshemmnisse wieder abzubauen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

92. Abgeordneter **Dröscher**

Warum legt die Bundesregierung, angesichts der offensichtlich zum Ausbau einer der Verkehrsentwicklung entsprechenden Zahl von Autobahnkilometern vorläufig nicht ausreichenden Finanzdecke, nicht ein Programm zum dreispurigen Ausbau besonders beanspruchter Bundesstraßen vor, die zur späteren Verbreiterung auf vier Spuren vorgesehen werden könnten?

93. Abgeordneter **Felder**

Sieht das Bundesverkehrsministerium eine Möglichkeit, den dringenden Wünschen der Bevölkerung des Landkreises Nürnberg-Land zu entsprechen, die eine Stillegung der Bundesbahnstrecke Burgthann-Allersberg verhindert wissen will?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

94. Abgeordneter **Strohmayr**

Beabsichtigt die Bundesregierung, für die dringend notwendige Reform der Baunutzungsverordnung eine Novelle vorzulegen?

95. Abgeordneter **Kiep**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der § 21 des Reichsheimstättengesetzes vereinbar ist mit dem Grundgedanken des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, insbesondere seiner §§ 52 bis 54, und der erklärten Absicht des Bundestages, die Vermögensbildung auf breiter Basis zu fördern?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

96. Abgeordneter **Kiep**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das diesbezügliche Rundschreiben des Bundeswohnungsbauministers vom 20. Mai 1958 von einigen Ländern, z. B. dem Lande Hessen, nicht beachtet wird?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

97. Abgeordneter **Kiep**

Ist die Bundesregierung bereit, zum jetzigen Zeitpunkt eine Novellierung des Reichsheimstättengesetzes dahin gehend vorzunehmen, daß die Löschung der Heimstätteneigenschaft wesentlich erleichtert wird?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

98. Abgeordneter **Opitz**

Kann man nach Ansicht des Bundeswohnungsbauministers aus der Tatsache, daß die am 30. Juni 1968 außer Kraft tretende Verordnung über Räumungsfristen vom 2. Juni 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 338) nicht verlängert wird, mit gewisser Berechtigung schließen, daß der Wohnungsfehlbestand in der Bundesrepublik Deutschland abgebaut ist?

99. Abgeordneter **Opitz**

In welcher Beziehung steht die Nichtverlängerung dieser in Frage 98 erwähnten Verordnung zu dem dem Deutschen Bundestag vorliegenden Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache V/564 — auf Änderung des § 721 ZPO?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

100. Abgeordneter **Borm**

Wird durch die französische Einreisesperre für deutsche Studenten der deutsch-französische Jugendaustausch beeinträchtigt?

101. Abgeordneter **Borm**

Was gedenkt die Bundesregierung gegen die pauschale Diskriminierung deutscher Studenten durch französische Einreisebestimmungen zu unternehmen?

102. Abgeordneter **Freiherr von Gemmingen**

Treffen Pressemeldungen in der brasilianischen Zeitung „O Estado del S. Paulo" vom Dezember 1967 zu, wonach der Bundesfamilienminister Bruno Heck erklärt haben soll, die CDU sei zu einer Koalition mit der NPD bereit?

103. Abgeordneter **Hauck**

Ist die Bundesregierung bereit, vor der noch im Jahre 1968 erforderlichen Neuberufung der Mitglieder des Bundesjugendkuratoriums die Geschäftsordnung dieses Beratungsgremiums so zu ändern, daß das Bundesjugendkuratori-

um ein Initiativrecht erhält, um seine Tagesordnung selbst zu bestimmen und seine Arbeitsergebnisse selbst der Öffentlichkeit bekanntzumachen?

104. Abgeordneter **Hauck**

Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundesjugendkuratorium eine eigene Geschäftsführung zu ermöglichen, die vom Bundesfamilienminister finanziert wird, aber nicht von dessen Weisungen abhängig ist?

105. Abgeordneter **Hauck**

Welche Absichten hat die Bundesregierung über die in den Fragen 103 und 104 angesprochenen Probleme hinaus zur Reform der Geschäftsordnung oder der Zusammensetzung des Bundesjugendkuratoriums?

106. Abgeordneter **Westphal**

Was hat die Bundesregierung bisher getan, um dem Ersuchen der Entschließung nachzukommen, die der Deutsche Bundestag bei der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 1968 am 5. April 1968 mit Umdruck 396 zur Verbesserung der politischen Bildungsarbeit angenommen hat?

107. Abgeordneter **Westphal**

Wird die Bundesregierung ein Förderungsprogramm für Jugendbildungsreferenten bei den Jugendverbänden einführen und die dafür erforderlichen Mittel im Rahmen des Bundesjugendplanes für 1969 bereitstellen?

108. Abgeordnete **Frau Pitz-Savelsberg**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, neben der in Frankfurt (Main) bestehenden Akademie für Jugendarbeit und Sozialarbeit, überwiegend finanziert vom Bund und von einigen Ländern, in München eine weitere Akademie für Jugendhilfe mit Schwerpunkt Jugendbildung zu errichten, an der ebenfalls der Bund und die Länder finanziell beteiligt sein sollen?

109. Abgeordnete **Frau Pitz-Savelsberg**

Trifft es weiter zu, daß angestrebt wird, beide Akademien einem einheitlichen Träger, eventuell einer Stiftung zu unterstellen?

110. Abgeordnete **Frau Pitz-Savelsberg**

Wie würde sich in diesem Fall die Abgrenzung der Aufgabenstellung der beiden Akademien gegeneinander gestalten?

111. Abgeordneter **Dr. Hudak**

Nach welchen Gesichtspunkten erfolgt die Ab-Folklore-Jugendgruppen von der Bundesregierung unterstützt, wenn sie Auslandsreisen unternehmen und im Ausland mit anderen Jugendgruppen auftreten?

112. Abgeordneter **Dr. Hudak**

Nach welchen Gesichtspunkten erfolgt die Ablehnung der finanziellen Unterstützung einer Folklore-Jugendgruppe, wenn sich diese nach einer ehemaligen deutschen Ostprovinz, wie z. B. „Pommern Jugend-Erlangen" benennt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

113. Abgeordneter **Hirsch**

Welche Reaktionen hat die Bundesregierung auf die Äußerungen des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung vom 7. Mai 1968 vor dem Deutschen Bundestag über das politische Engagement namentlich genannter Hochschulprofessoren erfahren?

114. Abgeordneter **Hirsch**

Wie hat die Bundesregierung auf solche Reaktionen geantwortet?

115. Abgeordneter **Dichgans**

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf die Einrichtung von allgemein zugänglichen, von den Herstellern der Maschinen unabhängigen Ausbildungsmöglichkeiten für die Berufe hinzuwirken, die durch die Ausweitung der elektronischen Datenverarbeitung entstanden sind, insbesondere Ausbildungsmöglichkeiten an Fachschulen und Hochschulen?

116. Abgeordneter **Dichgans**

In welcher Form und in welchem Umfang wird die Bundesregierung die wissenschaftliche Behandlung der Problematik unterstützen, die sich für die rationelle Programmierung bei den Anwendern elektronischer Datenverarbeitungsanlagen ergibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

117. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Trifft es zu, daß internationale Bestrebungen im Gange sind, um zu einheitlichen Höchstmengenverordnungen von Pestiziden in oder auf Lebensmitteln zu kommen?

118. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**

Trifft es zu, daß insbeondere die USA daran interessiert sind, den deutschen Verordnungsgeber zu einer Erhöhung der deutschen Höchstwerte zu bestimmen?

119. Abgeordneter **Wächter**

Was berechtigt die niederländische Regierung, trotz des Inkrafttretens der Gemeinsamen Marktorganisation für Geflügel im grenzüberschreitenden Verkehr die Einfuhr von deutschem Schlachtgeflügel von einer Sondergenehmigung abhängig zu machen, die außerdem zu jeder Zeit trotz Erfüllung der Bedingungen wieder eingezogen werden kann?

120. Abgeordneter **Wächter**

Wird die Einfuhr von Schlachtgeflügel aus Mitgliedstaaten in die Bundesrepublik Deutschland von einer Bescheinigung der zuständigen Veterinärbehörde des betreffenden Landes davon abhängig gemacht, daß das betreffende Geflügel nicht mit oestrogenen Stoffen, Arsen- und Antinomverbindungen, Thyrestatica,

sowie nach und vor der Schlachtung mit Antibiotika behandelt wurde und aus anerkannt hygienisch einwandfreien Betrieben stammt?

121. Abgeordneter **Wächter**

Verlangt die Bundesregierung unter Hinweis auf die Frage 120, daß jedes einzelne Stück aus Mitgliedstaaten eingeführte Schlachtgeflügel weiterhin mit einem Stempel der zuständigen Veterinärbehörde versehen sein muß?

122. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von seiten des niederländischen Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei für die Einfuhr deutschen Schlachtgeflügels nach Holland veterinärpolizeiliche Bedingungen gestellt werden, die offensichtlich nicht in erster Linie dem Schutz der niederländischen Volksgesundheit dienen, sondern deutsches Mastgeflügel vom holländischen Markt fernhalten sollen?

123. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entweder die niederländische Regierung zu bewegen, ihre Einfuhrbedingungen in dieser Form fallenzulassen und praktikabel zu gestalten oder aber für die Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland aus EWG-Mitgliedsländern gleichlautende Einfuhrbedingungen zu stellen?

124. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wann wird das Paul-Ehrlich-Institut in Frankfurt (Main) vom Bund übernommen?

125. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wird bei der Übernahme sichergestellt, daß die im Institut arbeitenden Wissenschaftler nach wie vor die Möglichkeit haben, sich ungehindert der Grundlagenforschung zu widmen?

Bonn, den 14. Juni 1968